

## Reiche verdienen viel, manchmal aber auch eine Strafe

Cum-Ex-Geschäfte <sup>[1]</sup> - krumme Geschäfte.

Ein Video von "soho rooms", veröffentlicht am 18.03.2016 unter dem Titel "Erklärungen, wie es zum Cumex Skandal kam".

GS: Gerhard Schick, B'90/Die Grünen, Mitglied des Bundestags

HB: Hanno Berger, Finanzberater

KM: Kommentator

KO: Klaus Ott, Redakteur „Süddeutsche Zeitung“

MM: Michael Meister, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

RS: Roman Seer, Prof. an der Universität Bochum

VV: Volker Votsmeier, Redakteur „Handelsblatt“

Zwischentitel, Quellen und Bemerkungen in [...] sind von mir.

### Vorwort (von mir)

Es gibt anständige und weniger anständige Banken. Die anständigen, unsere Geschäftsbanken, sind nützlich und nötig. Sie beherbergen unsere Ersparnisse und erledigen unsere Zahlungen. Wo immer es um Geld geht, sind sie vonnöten.

Die anderen, die unanständigen, die Investmentbanken, sind Spielhöllen. Neben dem durchaus nützlichen Handel mit Aktien, Obligationen und Devisen treiben sie an den Börsen auch ihre üblen Spiele. Sie verkaufen sogar Dinge, die sie gar nicht besitzen.

Hier geht es um eine besonders faulig riechende Blüte aus diesem Sumpfe.

Die Juristerei gerät auch in unser Visier. Sie hilft gelegentlich mit, Lücken in Gesetzen zu finden, die ausgenützt werden können, um illegale Geschäfte zu machen. Manchmal sind diese Lücken allerdings nicht vorhanden, und es handelt sich nur um Spitzfindigkeiten.

### Das bedenkliche Geschäft, ein Beispiel

1. Investor A besitzt Aktien eines Grosskonzerns im Wert von 15 Millionen Euro.

2. Kurz vor dem Dividendenstichtag kommt Investor C ins Spiel und kauft seinerseits Aktien des Großkonzerns für 15 Millionen Euro. Verwirrenderweise übernimmt er aber nicht die Papiere von Investor A, sondern erwirbt sie von Investor B, **obwohl dieser die Aktien gar nicht besitzt.** Man nennt diese Art von Geschäften einen **Leerverkauf.**

3. Es ist soweit: Die Dividende - 500.000 Euro - fließt. Tatsächlich erhält Investor A allerdings nur 375.000 Euro. Denn 25 Prozent, also 125.000 Euro, behält der Konzern als Kapitalertragssteuer für den Staat zurück. Investor A bekommt eine entsprechende **Bescheinigung, mit der er sich die Steuer zurückerstatten lassen kann.**

4. Die Dividende ist gezahlt. Nun verkauft Investor A seine Aktien an Investor B (der das nötige Geld aus dem Leerverkaufsgeschäft mit Investor C hat). Statt 15 Millionen fließen allerdings nur 14,5 Millionen Euro von B zu A, schließlich sind die Aktien nach der Dividendenausschüttung (ex Dividende) nun 500.000 Euro weniger wert.

5. Nun leitet Investor B die Aktien, die er von Investor A gekauft hat, an Investor C weiter und erfüllt damit seine Verpflichtung aus dem Leergeschäft (denn man erinnere sich: Investor C hatte Investor B ja bereits 15 Millionen Euro überwiesen).

Allerdings: Investor C hatte zwar 15 Millionen Euro überwiesen, erhält (ex Dividende) aber nur Aktien im Wert von 14,5 Millionen Euro. Investor B überweist ihm darum zusätzlich die Netto-Dividende von 375.000 Euro.

Und was ist mit den fehlenden 125.000 Euro? Dafür lässt sich Investor C von seiner Depotbank eine Steuerbescheinigung ausstellen.

6. Investor C leitet die Aktien für 14,5 Millionen an ihren ursprünglichen Besitzer zurück, also Investor A.

Scheinbar ist damit alles wieder beim Alten, mit dem Unterschied, dass der Großkonzern zwischenzeitlich die fällige Dividende an Investor A ausgeschüttet hat.

**Tatsächlich aber ist viel Gravierenderes passiert: Der Staat hat nur einmal Steuern kassiert; dafür haben aber nun zwei Investoren einen Anspruch auf Rückerstattung, nämlich neben A auch C.**

Den Erlös aus der zusätzlichen Rückerstattung teilen die drei Investoren unter sich auf.

Fazits:

- Der Staat bekommt (in diesem Falle) 125'000 Euro, muss aber 250'000 Euro zurückzahlen.

- Weil die Aktien zu diesem Zeitpunkt sehr rasch den Besitzer wechseln, ist es unklar, wem sie an diesem fraglichen Tage eigentlich gehören.

- Deshalb bekommen gleich 2 angebliche Besitzer eine Steuerbescheinigung.

- Beide reichen sie dann beim Finanzamt ein, obwohl nur einmal Steuern bezahlt worden waren.

### Eine Geschichte <sup>[2]</sup>

KM: Es ist ein Wirtschaftskrimi, wie man ihn selten findet. Es kommen darin Grossbanken und prominente Investoren vor. Er zeigt, wie man Geld vermehrt, wenn man viel davon hat.

HB: Jeder war der Meinung, dass das legal ist.

MM: Jetzt wird ermittelt.

Die Zürcher Privatbank Sarasin sucht im Herbst 2010 Investoren für ganz bestimmte Aktiengeschäfte. Der Gewinn beruht darauf, dass man vom deutschen Staate Steuergeld bekommt. Vizechef Eric Sarasin hat einen Bekannten, der mitmacht, Carsten Maschmeyer, den Gründer der Finanzvertriebsgesellschaft AWD Holding AG.

KO: Carsten Maschmeyer und seine Familie haben in mehrere Fonds [der Bank Sarasin] investiert.

VV: Es gab Warnungen aus Bankenkreisen an die Bundesregierung.

KM: Hans Eichel ist [2002] Finanzminister unter Gerhard Schröder. Der Bundesverband deutscher Banken warnt ihn vor einer Lücke im Gesetz. Dadurch müsse der Staat mehr auszahlen, als er eingenommen habe.

KO: Eichel reagierte nicht.

MM: Zuerst versuchte man festzustellen, ob diese Lücke genutzt werde.

KM: Die wurde benutzt! Mit dem Feststellen liess man sich Zeit. Die Warnung wurde abgeheftet. <sup>[3]</sup>

Wir fahren in die Schweiz, ins Oberengadin. Wir wollen uns mit einem der besten Steueranwälte Deutschlands, Hanno Berger treffen. 2012 setzte er sich hierher ab, nachdem die Staatsanwaltschaft in Deutschland begonnen hatte, gegen ihn zu ermitteln. Sein Handwerk hat er als Steuerfahnder im Finanzamt in Frankfurt, also beim Staate selbst, gelernt.

KM: Er hat unter anderem Kontakt zu Rafael Roth, einem Immobilienhändler und Milliardär aus Berlin. Die Hypovereinsbank bietet sich an, die Cum-Ex-Geschäfte für Rafael Roth abzuwickeln. Im Frühjahr 2006 geht es los. Roth leiht sich von der Bank 500 Millionen Euro. Damit kauft und verkauft er Aktien in schnellem Tempo.

VV: Da ging es auch schon um Aktienpakete im Werte von 5 Milliarden Euro.

KM: Diese Geschäfte sind beschränkt auf die Banken und Superreichen, denn nur die können sich das nötige Geld beschaffen.

### **Ein Gesetz, das nicht voll greift**

HB: Man kann nicht behaupten, dass jemand einen Schaden erlitten hat, wenn er auf einen Geldbetrag keinen Anspruch hat. [Berger meint, der Staat habe keinen Anspruch auf die Kapitalertragssteuer. Er täuscht sich natürlich: Der Staat hat das Geld schliesslich wieder zurückbezahlt. Der Betrug liegt darin, dass der Betrag zweimal zurück gefordert wurde.]

GS: Diese Manipulation ist skandalös.

KM: Unbeachtet vom Staate, werden solche Geschäfte jahrelang betrieben. Dann bemerkt er, dass mehr Kapitalertragssteuern zurückbezahlt werden, als eingenommen wurden.

Im November 2006 ist Peer Steinbrück Bundesfinanzminister. Er will mit einem neuen Gesetz gegen solche Geschäfte vorgehen. Darin werden **inländische Banken** verpflichtet, nur dann Steuerbescheinigungen auszustellen, wenn sie auch tatsächlich Steuern an das Finanzamt abgeführt haben. Von **Geschäften, die über das Ausland** laufen, ist nicht die Rede.

War das nicht eine Einladung an die Investoren, über ausländische Banken zu handeln?

MM: Für einen normal denkenden Menschen mit ethischen und moralischen Grundsätzen hätte klar sein müssen, dass das, was im Inland verboten ist [mehrfache Ausfertigung von Steuerbescheinigungen], auch im Ausland nicht gestattet ist.

### **London kommt ins Spiel**

KM: London März 2007. Die Barclays Bank wittert ein Riesengeschäft. Das neue deutsche Gesetz wird besprochen. Es wird beschlossen, aus Deutschland zwei Steuererstattungen für nur einmal bezahlte Steuern zu bekommen. Man **erwartet 55.2 Millionen Pfund Gewinn pro Jahr**. Nun fliesst das Geld aus Deutschland ins Ausland. Die französische Bank BNP Paribas schreibt ihren Kunden, die Geschäfte seien über Banken im Ausland weiterhin machbar.

Berlin Mai 2009. Offenbar bemerkt man im Bundesfinanzministerium, dass die Cum-Ex-Geschäfte immer noch auf Hochtouren laufen. In internen Papieren werden Befürchtungen laut, dass der Schaden weit über die Milliardengrenze liegen könnte. Steinbrück weiss nun, dass sein Gesetz nicht greift; aber ihm fällt keine Lösung ein.

### **Ein neues Gesetz**

Damit das Geschäft funktioniert, müssen sich die Beteiligten genau absprechen. Steinbrück versucht es damit. Er fordert die Länder auf zu prüfen, ob sie solche Absprachen bemerken können.

London Mai 2009. Die Bank Barclays beschliesst nur zwei Tage später, mit den Geschäften weiter zu machen und Massnahmen zu ergreifen, um dem Eindruck von Absprachen entgegen zu wirken, damit keine Gefahr besteht, dass der Handel als abgesprochen im Sinne des BMF-Schreibens wahrgenommen wird.

Barclays ist nicht alleine. Mehr als 100 Banken stehen im Verdacht, Geschäfte auf Kosten des Steuerzahlers zu machen. Darunter sind auch deutsche Banken, etwa die Landesbank Baden-Württemberg.

### **Es wird brenzlig**

Herbst 2009. Wolfgang Schäuble wird Bundesfinanzminister.

Frankfurt Frühjahr 2010. Hanno Berger hat ein Büro bei einer internationalen Anwaltskanzlei in Frankfurt. Er sorgt dafür, dass Rafael Roth zu seinem Gelde kommt. Kurzzeitig, während der Gesetzesänderung, wurde Roth mulmig; aber Berger schrieb ein Gutachten, das ihn beruhigte.

HB: Ja, ich habe das Gutachten verfasst. Es wurde von dritter Seite bestätigt, dass die infrage stehenden Geschäfte legal seien.

KM: Aber plötzlich beanstanden Steuerprüfer Roths Finanz-Geschäfte. Nach ihrer Meinung hatte Roth keinen Anspruch auf Steuerrückzahlungen.

VV: Daraufhin stornierte die Hypovereinsbank die Steuerbescheinigungen. Damit konnte Roth keinen weiteren Anspruch auf Rückzahlungen geltend machen.

KM: Nun wird auch der Hypovereinsbank die Sache zu heiss. Die Geschäfte sollen nun still und heimlich beendet werden. Aber für beide, Roth und die Bank, werden sie schwerwiegende Folgen haben.

### **Schweizer entdecken Cum-Ex**

Zürich Herbst 2010. Die Bank Sarasin in Zürich entdeckt das Geschäft mit Cum-Ex. Eric Sarasin wendet sich an Carsten Maschmeyer, der Ende der 1980er-Jahre die Firma AWD, eine Verkaufsmaschine für Finanzprodukte, gegründet hat. Maschmeyer wurde reich, ein Milliardär, hiess es; dagegen verloren manche, die mitmachten, ihre Ersparnisse. <sup>[4]</sup> Maschmeyer interessiert sich für die Fonds von Sarasin. Es soll Renditen von 10 bis 12 Prozent geben. Er habe nicht gewusst, dass es sich um Cum-Ex-Geschäfte auf Kosten des Staates handelte, beteuert er später. Er investiert 5 Millionen Euro. Alles läuft gut. Dann spielt er mit 40 Millionen mit.

### **Der Staat zögert**

Berlin Juli 2010. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wird über die dubiosen Geschäfte unterrichtet.

15. November 2010. Insider schreiben eine brisante Mail an das Bundesfinanzministerium. Absender: Jürgen A. Schmidt. Er beschreibt einzelne Cum-Ex-Transaktionen. "Im Ergebnis kommt es zu entsprechenden Kapitalertragsausfällen, deren Volumen (...) im Milliardenbereich liegt. Die missbräuchliche Mehrfacherstattung wird gezielt durch koordiniertes Zusammenwirken mehrerer in- und ausländischer Beteiligten erwirkt."

Einen Monat später bekommt Schmidt Antwort: "Sehr geehrter Herr Schmidt, vielen Dank für Ihre E-Mail. Soweit es um eventuelle Ermittlungen in konkreten Einzelfällen geht, habe ich ihre E-Mail an die zuständige Landesfinanzbehörde [Hessen] weitergeleitet."

Am 5. Januar [2011] schreiben die anonymen Informanten nach Hessen.

KO: Sie könnten eine Stichprobe schicken, und wenn die gefiele, bekomme das Amt das ganze Material im Werte von 300 Millionen Euro gegen eine Bezahlung von 1.5 Millionen Euro.

KM: Der hessischen Finanzverwaltung ist die Sache zu heikel. Sie schreibt [nur lückenhaft erkennbar]: "Sehr geehrter Herr Schmidt, (...) wie Ihnen Herr XXX (...) mitgeteilt hat, sind die [...]andlungen über die Anforderung einer Stichprobe bzw. deren Ankauf von Daten unterbrochen worden, weil die in diesem Zusammenhang aufgetretenen strafrechtlichen Fragen noch nicht abschliessend geklärt waren. (...) Um zu vermeiden, dass sich die dabei für das Land Hessen handelnden Personen der Gefahr aussetzen, eine strafbare Handlung zu begehen, können die begonnenen Verhandlungen der Finanzverwaltung des Landes Hessen mit Ihnen nicht fortgesetzt werden." Die Behörden werden sich erst viel später wieder für den Informanten interessieren.

### **Droge Geld**

Die Bank Sarasin gewinnt den nächsten schwer reichen Investor, Erwin Müller, einen der 800 reichsten Menschen der Erde und Chef der gleichnamigen Drogeriekette, die allein in Deutschland 522 Filialen besitzt. Müller hatte ein Gutachten zu Cum-Ex-Geschäften in Auftrag gegeben. Darin steht: Es besteht "kein Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten durch Erstattung von Kapitalertragssteuer". Müller will das Gutachten aber nie gesehen haben und behauptet später, nicht gewusst zu haben, worum es bei diesen Geschäften gehe. Er investiert, macht einen guten Schnitt und investiert nochmals 50 Millionen Euro. Ihm sei eine Rendite von 12% und die Rückzahlung bis Mitte des nächsten Jahres versprochen worden.

Die Bank Sarasin schweigt dazu.

### **Es wird noch brenzlicher**

Frühjahr 2011. Hanno Berger wird erpresst.

HB: Wahrscheinlich eine aus einem Internet-Café abgesandte E-Mail. Unterzeichnet von einem Jürgen A. Schmidt, ein Allerweltsname halt, mit dem man nichts anfangen konnte.

KM: Derselbe Name, der in den E-Mails an die Finanzbehörden stand. Am 14. April 2011 forderte er eine "Einmalzahlung in Höhe von EUR 1.500.000" auf ein Konto der St. Gallerer Kantonalbank. Wenn die Zahlung ausbliebe, würde er einige Geschäfte auffliegen lassen.

Berger berät sich mit der Bank Sarasin. "Montag, 18. April 2011. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass eine Einigung gefunden und die Angelegenheit alsbald endgültig erledigt werden muss, um eine dramatische Eskalation von äusserst unangenehmen Konsequenzen für eine Reihe von Personen und Banken zu vermeiden."

HB: Wenn eine Erpressung darauf ausgelegt ist, Namen der Investoren in die Presse zu bringen, dann wirbelt das eine Menge Staub auf. In der Schweiz ist das sehr sensibel [bedenklich] in Bezug auf das Bankgeheimnis.

KM: Berger plädiert dafür zu zahlen. Mit den Erpressern [also mehreren] wird eine Vertraulichkeits- und Gütevereinbarung getroffen. Ihnen wird, als Provision, eine Million EUR auf ein Schweizer Treuhandkonto überwiesen. Grund: Damit die Investoren nicht abgeschreckt werden.

KO: Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Wer nur saubere Geschäfte macht, ist nicht erpressbar und wendet sich in einem solchen Falle sofort an die Polizei.

### **Berlin Dezember 2011**

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will nun wirksam gegen die fragwürdigen Cum-Ex-Geschäfte vorgehen. Schon seit dem März waren die Steuerrückerstattungen unterbrochen worden. Ein neues Gesetz soll die Banken

verpflichten zu garantieren, dass die Kapitalertragssteuern tatsächlich bezahlt wurden, ehe sie dafür Bescheinigungen ausstellen. Eine einfache Sache; aber es wurde weitere zwei Jahre darüber nachgedacht.

MM: Das war eine gewaltige Umstellung. Deshalb war der Gesetzgeber zuerst einmal klug beraten zu bedenken, ob eine solche Systemumstellung angebracht ist. (Aber dadurch hat er Milliarden verloren.) Es wurde weiterhin versucht, Geld zu erschleichen.

KM: Das sei aber nicht so tragisch. Denn weil diese Geschäfte als illegal betrachtet werden, könne man das Geld wieder zurück holen.

Dazu ist man im Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstrasse 97, fest entschlossen.

### **Zu früh gefreut**

Berlin Dezember 2011

Milliardär Rafael Roth ist schon seit 2 Jahren nicht mehr dabei. Er denkt, die Sache sei für ihn erledigt. Nun flattert ihm ein Steuerbescheid ins Haus. Seine Firma soll für drei Jahre Cum-Ex-Geschäfte 123'710'430.87 EUR Steuern nachzahlen.

KO: Rafael Roth ist anscheinend aus allen Wolken gefallen.

KM: Zwischen ihm und der Hypovereinsbank entbrennt ein bitterer Streit vor Gericht. Es kommt zu keinem Urteil, weil Roth stirbt. Sein Sohn einigt sich mit der Bank. Diese übernimmt den Löwenanteil an der Steuerschuld von 123 Millionen EUR. Sie hofft, damit wachse Gras über die Sache. Aber es kommt anders.

Die Hypovereinsbank stolpert über ein Gutachten, das sie selbst in Auftrag gegeben hat. Darin steht: **Der Gewinn aus diesen Geschäften basiert einzig und allein auf der Steuergutschrift und wird zwischen den Beteiligten verteilt. Er entspricht dem Schaden, den der deutsche Fiskus erleidet.**

Mit diesem Bericht lässt sich die Schuld der HVB nur schwerlich leugnen. Sie steht im Visier der Ermittlungsbehörden.

### **Maschmeyer und Sarasin**

Hier laufen die Geschäfte noch rund. Die erste Geldanlage schenkte den Beteiligten eine Rendite von gut 23%. Dann beginnt die Geldmaschine zu stottern. Die Rückzahlung der 40-Millionen-Einlage, an der er, seine Familie und Bekannte beteiligt sind, kommt nicht. Das Bundesfinanzministerium hat alle Auszahlungen gestoppt. Davon weiss Maschmeyer nichts. Anfangs des Jahres 2012 erkundigt er sich bei Eric Sarasin, was los sei. Der beschwichtigt per SMS: "Werde dafür sorgen, dass diese Summen bis Anfang April zurückkommen! Es gibt immer noch 12% Rendite."

Carsten Maschmeyer antwortet: "X redet von 25% Rendite?" Die Bank korrigiert sich.

Aber im April kommt kein Geld. Im Juni macht man Maschmeyer den Vorschlag, [ihm] seine Anteile zurück zu geben.

Maschmeyer scheint damit zufrieden zu sein.

KO: Schöne Worte; aber es passiert nichts.

KM: Maschmeyer drängt immer energischer auf Rückzahlung. Ende Jahr fährt er nach Zürich und trifft sich mit Vertretern der Bank. Er pocht auf eine Lösung; aber ihm wird keine angeboten. Er schreibt eine Mail an Eric Sarasin: "Eine (...) Eskalation kann vor dem Hintergrund der medialen Folgen, einer zu erwartenden Mundpropaganda, dem damit einhergehenden Imageschaden und den juristischen Folgen weder in Deinem Sinne noch im Sinne des Bankhauses und seiner Inhaber sein." Wenig später schreibt Maschmeyer [an Sarasin], er werde nun seine Rechtsanwälte einschalten. Jetzt beginnt der Krieg ums Geld.

VV: Maschmeyer verklagte die Bank Sarasin. Die Bank Saradin verklagte Maschmeyer.

KM: Eric Sarasin musste dann auch seinen Job [Vizepräsident] aufgeben.

Zürich, Juli 2015. Die Bank Sarasin verständigt sich mit Maschmeyer. Er bekommt sein Geld praktisch vollständig wieder. Er zieht seine Klage zurück.

### **Bussen**

Die Hypovereinsbank bezahlt eine Busse von 9.8 Millionen EUR. Drogerieketten-Besitzer Müller vermisst noch immer seine 50 Millionen EUR und fordert sie von der Bank zurück. Niemand habe ihn über das Wesen der Geschäfte aufgeklärt, und das von ihm in Auftrag gegebene Gutachten habe er nicht gelesen.

### **Illegale Geschäfte**

Das Bundesfinanzministerium hält die Geschäfte für illegal. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt beginnt zu ermitteln. Beamte durchsuchen die Hypovereinsbank. Auch die Bank Sarasin und Berater bekommen Besuch. Hanno Berger wird ebenfalls ins Visier genommen. Er setzt sich in die Schweiz ab.

Die Kölner Staatsanwaltschaft beginnt zu ermitteln. **Schliesslich muss sich die Justiz mit über 100 Banken und anderen möglichen Beteiligten, Fondsbetreibern und Anwälten, beschäftigen.**

Eric Sarasin zahlt anfangs 2016 200'000 EUR. Darauf hin wird das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die Beschuldigten bestreiten, illegal gehandelt zu haben. Aber der Staat geht mit aller Härte gegen sie vor.

### **Immer illegal?**

MM: Ja, sie waren immer illegal, weil man schlicht und ergreifend für etwas, was man nur einmal bezahlt hat, mehrfache Rückzahlung forderte.

Ein Steuerfachmann zweifelt an dieser Argumentation.

RS: Angesichts dieser unklaren Rechtslage halte ich es für nicht zulässig, aufgrund von vergangenen Sachverhalten die Akteure strafrechtlich zu verfolgen.

KM: An dieser Unklarheit ist, wie es scheint, der Staat schuld. Im Gesetz, das Peer Steinbrück formulierte, heisst es, dass es "nach geltendem Rechte" durchaus zwei Eigentümer einer Aktie geben könne. Darauf berufen sich Banken

und Berater. [Es geht nicht um den **Besitz** einer Aktie, sondern um die **Rückzahlung** von Beträgen. Juristen handeln nicht immer mit gesundem Menschenverstand.]

VV: Der Gesetzgeber hat blöde gehandelt. Diese Formulierung ist Wasser auf die Mühlen jener, die versuchen, das zu verteidigen.

KM: Noch mehr "Wasser" kam ausgerechnet aus dem Bundesjustizministerium. Noch unter Sabine Leutheusser-Schnarrenberger nahm es 2009 zu den Cum-Ex-Geschäften Stellung. Nach seiner Meinung war diese Praxis "nicht (...) rechtswidrig".

Hanno Berger wehrt sich aus der Schweiz mit dem Argument, der Gesetzgeber selbst habe die Cum-Ex-Geschäfte für legal erklärt. Für ihn geht es um eine Strafe wegen schwerer bandenmässiger Steuerhinterziehung.

### **Ist das Geld verloren?**

KO: Der Gesetzgeber muss sich umstellen. Es gibt in der Finanzindustrie viele Leute, die nur nach Lücken in den Gesetzen suchen, die sie ausnutzen können. [Um solche bedenklichen Geschäfte zu machen.]

### **Nachwort (von mir)**

Ein Untersuchungsausschuss des Bundestags überprüfte die Angelegenheit. <sup>[5]</sup> Ich werde darüber berichten. Auch der ARD nahm sich des Themas an. <sup>[6]</sup> „ZEIT-ONLINE“ widmete ihm einen Bericht. <sup>[7]</sup>

Was kann der Staat, der Gesetzgeber tun? Neue Gesetze machen? Ich schlage eine andere Lösung vor:

1. Geschäfts- und Investmentbanken wieder voneinander trennen.
2. Leerverkäufe verbieten.
3. Derivate verbieten; das sind Wetten, also Spiele mit Geld.
4. An den Börsen darf nur noch mit Aktien, Obligationen und Devisen gehandelt werden.

Man kann die Menschen nicht besser machen. Man kann nur die Umstände verbessern.

Schliesslich bleibt noch die bange Frage: Gab es das auch in der Schweiz? Vielleicht gehe ich ihr nach.

### **Quellen**

[1] <https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/cum-ex-deals102.html>

"Cum" heisst auf Lateinisch "mit" und bedeutet hier "Aktie mit Dividende". "Ex Dividende" ist dann "ohne Dividende".

[2] <https://www.youtube.com/watch?v=dGTNGZ4tRa0>

[3] In einem Ordner versorgt.

[4] AWD-Mitarbeiter packen aus - <https://www.srf.ch/sendungen/kassensturz-esspresso/themen/geld/awd-mitarbeiter-packen-aus>

[5] <https://www.youtube.com/watch?v=e4BN9NITuFU>

[6] <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Milliarden-aus-der-Staatskasse-Auf-der-Spur-der-Steuerraeuber-cumex118.html>

[7] <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-06/cum-ex-geschaeft-steuerhinterziehung-banken-aktien>